



2019/47 Reportage

<https://jungle.world/artikel/2019/47/japans-neue-linke>

Die neue Linke in Japan

Japans neue Linke

Reportage Von **Gregor Wakounig**

In Japan hat die lange bedeutungslos erscheinende Linke seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima wieder großen Zulauf. Derzeit demonstrieren Linke und Antifaschisten unter anderem gegen rechtsextreme Gruppen, Atomkraft, den Kaiser und die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2020 in Tokio.

Schichtwechsel bei einer rechten Kundgebung in Machida, einem Vorort am Rande Tokios: Die Mitglieder der nationalreligiösen Partei Kōmeitō, der Koalitionspartner der mächtigen, nationalkonservativen Liberaldemokratischen Partei (LDP) von Ministerpräsident Shinzō Abe, räumen das Feld. An ihre Stelle treten Mitglieder der offen faschistischen Japan First Party (JFP), die nun die Propaganda übernehmen. Den Namen hat sich die Partei in Anlehnung an Donald Trumps Slogan »America First« gegeben. Die Ähnlichkeit ist gewollt. Der Vorsitzende der 2016 gegründeten Partei ist Makoto Sakurai, der Anführer der rechtsextremen Organisation Zaitokukai, eine Abkürzung für »Bürgerbewegung gegen die Sonderrechte der Zainichi«, womit die koreanische Minderheit gemeint ist. Die Forderungen von Partei und Organisation sind dieselben. Beide behaupten, Koreanerinnen und Koreaner seien Kriminelle, die Japan ins Verderben stürzen wollten und deswegen zu Hunderttausenden in Japan siedelten; sie seien »Kakerlaken« die man »ausrotten« müsse.



Die Antifa ist immer dabei. Demonstration gegen Abes Regierung in Tokio.

Bild:
Rio Akiyama

Etwa 50 Antifaschistinnen und Antifaschisten kreisen die elf Rechtsextremen regelrecht ein. Mit Transparenten und Antifa-Fahnen versuchen sie, die rechtsextreme Kundgebung abzuschirmen, drehen die Sirenen der mitgebrachten Megaphone voll auf und richten diese direkt auf die rechtsextreme Gruppe. Es ist ein nervtötender Lärm. Hirokazu Nakamura, der Ortsgruppenleiter der JFP, sondert wüste Beschimpfungen und Todesdrohungen gegen die Antifaschistinnen und

Antifaschisten ab.

Linkes Sammelsurium

Rechtsextreme Demonstrationen gehören in Japan fast schon zum Alltag. Allein von 2012 bis 2018 zählte die von Antifaschisten betriebene Website »Infoarchiv und Beobachtungsstelle gegen Rassismus«, die der japanischen Antifa als wichtige Informationsquelle dient, 2 379 Demonstrationen und Kundgebungen, wovon fast die Hälfte auf Tokio entfiel. Das sind durchschnittlich fünf rechtsextreme Veranstaltungen in der Woche. Doch erst seit 2012 regt sich dagegen organisierter und kontinuierlicher antifaschistischer Widerstand. Mittlerweile sind auch Straßenblockaden und körperliche Auseinandersetzungen mit Faschistinnen und Faschisten japanweit keine Seltenheit mehr. Grund dafür ist das generelle Wiederaufleben größeren zivilgesellschaftlichen Widerstands, der sich aus den Massendemonstrationen gegen Atomkraft nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 entwickelt hat.

»Zuerst organisierten wir, eine Gruppe von etwa 20 Leuten, jeden Freitag einfach nur Anti-Atom-Demonstrationen vor dem Sitz des Ministerpräsidenten. Je mehr wir diskutierten, desto mehr dachten wir uns, dass wir ja zusätzlich noch dies und jenes machen könnten. So ist das Ganze von den Aktionsformen und Inhalten her immer vielfältiger geworden«, sagt Takashi Furukawa* von der Gruppe »Den Zorn zeigen« auf einer Demonstration gegen Ministerpräsident Abe Mitte November in Tokio. Es scheint der übliche Werdegang antifaschistischer Gruppen seit der Reaktorkatastrophe zu sein. Der Mittvierziger Furukawa trägt einen Anzug. »Ich bin einfach nur ein normaler Angestellter«, sagt er. Dennoch schwenkt er auf Demonstrationen eine Antifa-Fahne und bezeichnet Shinzō Abe als Faschisten.



Auch der Ministerpräsident ist bei Linken unbeliebt. Demonstration gegen die rechte Regierung von Shinzō Abe.

Bild:
Rio Akiyama

Etwa 300 Menschen nehmen an der Demonstration direkt vor dem Sitz des Ministerpräsidenten teil, von Müttern mit Kinderwagen über junge Punks bis hin zu Fabrikarbeitern, und brüllen sich die Seele aus dem Leib: »Abe, tritt zurück! Abe, tritt zurück!« Über eine Stunde lang dauert der mit Trommelrhythmen untermalte Sprechchor. Lange, inhaltsschwere Reden gibt es nicht.

Diejenigen, die gekommen sind, wissen, worum es geht, die einzigen Passantinnen und Passanten im Regierungsviertel sind Beamtinnen und Beamte, die nach und nach aus den Gebäuden tröpfeln und die Demonstrierenden entweder ignorieren oder belächeln.

Der Aufruf der Demonstration richtet sich zwar nur gegen Abe, auf den Plakaten und Transparenten liest man aber ein Sammelsurium aus gängigen linken Forderungen: Abschaffung der Atomkraft, Antisexismus, Anhebung des Mindestlohns und vieles mehr. Umso merkwürdiger liest sich deswegen im Aufruf, dass neben Rechtsextremen und religiösen Gruppen auch »Linksextreme« auf der Demonstration unerwünscht seien. Schließlich tragen selbst die Organisatorinnen und Organisatoren Antifa-Fahnen. Furukawa sagt, dass man sich damit von Organisationen wie der K-Gruppen-Sekte Chūkaku-ha (Nationales Komitee der Revolutionären Kommunistischen Liga Japans) distanzieren wolle. »Die liefern sich sinnlose Kämpfe mit der Polizei, was ein schlechtes Licht auf die linke Bewegung wirft«, so Furukawa. In Japan versuche man, das Image der »Antifa« von derart sinnloser Militanz zu lösen.

Ebenfalls ohne Militanz lief Ende Oktober der »Shibuya Protest Rave« ab, eine antifaschistische Rave-Parade mitten durch Tokios wohl berühmtestes Vergnügungsviertel. Die etwa 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren vor allem junge, studentische Hipster. Ihr Forderungskatalog war breit gefächert, es ging unter anderem gegen Atomkraft, zu hohe Mieten und Nazis. Die anschließende Party im nahegelegenen Yoyogi-Park wurde von der Polizei untersagt, also wick man in einen schicken Club aus, in dem weiter aufgelegt wurde.

Gegen Kaiser und Olympia

Eine weitere linke Demonstration Ende Oktober in Tokios Stadtteil Shinjuku: Diesmal geht es gegen die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2020 in Tokio. »Als ich ein Anti-Olympia-Shirt trug, wurde ich zuerst in eine andere Schule versetzt. Dort wurde mir gesagt, ich dürfe nicht mehr unterrichten, sollte ich das noch einmal machen«, erzählt eine Demonstrationsteilnehmerin. Ihren Namen will sie nicht nennen. »Die von der Regierung verordnete ›olympische und paraolympische Erziehung‹ in den Grundschulen ist eine Initiative zur Stärkung des Nationalstolzes«, sagt sie. »Im Ernst, dazu gehört auch, dass die Kinder traditionelles japanisches Essen wie etwa Miso-Suppe kochen lernen müssen. Da kommt mir das Kotzen.«



Mitglieder der »Japan First Party« in Machida

Bild:

Gregor Wakounig

Tatsächlich ist »sich als Japaner zu fühlen und stolz darauf zu sein« eine der fünf »Säulen« des staatlichen Erziehungsprogramms. Organisiert hat die Demonstration die linksautonome »Antiolympische Vereinigung«. Sie besteht aus kaum drei Dutzend Mitgliedern, die im Gewusel vor dem Bahnhof Shinjuku, einem der Bahnhöfe mit dem höchsten Passagieraufkommen weltweit, fast untergehen.

Mitglieder der »Antiolympischen Vereinigung« waren auch auf einer Demonstration einige Tage zuvor dabei. Es war der 22. Oktober, der Tag der Inthronisierung des neuen japanischen Kaisers, des Tenno. Etwa 500 Demonstrierende waren dem Aufruf des linksradikalen Bündnisses »Owaten« zu einem Protest gegen die Monarchie gefolgt. »Gegen Japan, gegen den Kaiser« stand auf Transparenten. Das Demonstrationsplakat zierte eine durchgestrichene japanische Fahne. Man gab sich kompromisslos gegen den japanischen Staat und das Kaisersystem, eine Haltung, die in Japan ein Tabu verletzt. Mittlerweile hat selbst die Kommunistische Partei Japans, die bei den Unterhauswahlen der jüngsten Zeit immerhin über zehn Prozent der Stimmen erhielt, ihre Totalopposition gegen den Kaiser aufgegeben. Manche radikale Linken sehen das als Verrat an.

Der Großteil der Demonstrierenden war weit über 50 Jahre alt. Es handelte sich um die letzten Reste der japanischen Achtundsechzigerbewegung, deren Militanz damals Linke weltweit bewundert hatten. Nur einige Dutzend jüngere Demonstrierende hatten sich dem Zug angeschlossen, antiautoritäre Kommunisten und Anarchisten. Die weitaus straffer organisierten und auf Demonstrationen fast militärisch in Reih und Glied auftretenden orthodox-kommunistischen Mitglieder der Chūkaku-ha und des Zengakuren, einer linksradikalen Dachorganisation von Studierenden, hatten ihre eigene Demonstration schon am Vormittag abgehalten.

Die Gräben zwischen den Fraktionen der radikalen Linken in Japan sind tief, bis in die achtziger Jahre waren blutige, mitunter tödlich verlaufende ideologische Fehden nicht unüblich und neben der staatlichen Repression ein wichtiger Grund für den Niedergang der Bewegung. Dies macht es womöglich leichter zu verstehen, wieso wichtige Gruppen der Linken nach Fukushima mit den althergebrachten Organisationen und ihren Aktionsformen nichts zu tun haben wollen.

Die Flagge der Faschisten

Die ideologisch versierteren Teile der japanischen Linken scheinen in den siebziger Jahren festzustecken. Gegen den Soundwagen des »Shibuya Street Rave« wirkte der Mitfünfziger, der auf seiner Gitarre »Wir brauchen den Tenno nicht!« spielte, wie der Leiter eines Pfadfinderlagers. Auf die Frage, wieso so wenige junge Menschen an der antimonarchistischen Demonstration teilnahmen, antwortete eine ältere Demonstrierende: »Das ist vor allem auf das japanische Bildungssystem zurückzuführen, das die Kinder gegen Korea und China aufhetzt und sie zu Gehorsam gegenüber dem Kaiser verpflichtet.« Dem pflichteten eine junge Anarchistin und ein junger Anarchist bei, die im Anschluss die gesellschaftspolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte grundlegend kritisieren, die das Aufkommen rechter Strömungen begünstigt hätten. Auf die Frage, wieso auf Demonstrationen der japanischen Antifa-Bewegung so viel mehr junge Menschen anzutreffen seien als auf der gegen den Tenno, sagten beide, dass die Antifa eine nach rechts offene Flanke habe, ein Teil der Bewegung wolle ein »besseres Japan«, sie wollten jedoch gar keines.

Trotz der radikalen Parolen war das einzig Bedrohliche an diesem Tag die Polizei. Hunderte Polizisten in voller Montur begleiteten die Demonstration in engem Spalier, provozierten die -

Protestierenden und versuchten immer wieder, Personen herauszugreifen. Die Behörden versuchten offenbar, das Bild einer militanten und gefährlichen Linken zu vermitteln, die es in Japan in dieser Form jedoch nicht mehr gibt. Schließlich kam es zu drei Festnahmen, zwei der Festgenommenen saßen noch zwei Wochen in Untersuchungshaft, ehe sie freigelassen wurden.



Eingekreist. Antifas stören eine rechte Kundgebung in Machida.

Bild:
Rio Akiyama

Bei vielen ihrer Kundgebungen tragen Rechtsextreme die Kyokujitsu-ki, die alte japanische Kriegsflagge. So war es auch bei der anfangs erwähnten rechten Kundgebung in Machida. Auch am Rande der Demonstration gegen den Tenno führten zwei Dutzend Rechtsextreme, die versuchten, die Demonstration zu stören, die alte Fahne mit. Über diese wird in Japan seit einigen Wochen heftig diskutiert. Im September forderte das südkoreanische Parlament fast einstimmig das Verbot der Kyokujitsu-ki bei Wettbewerben der im Sommer 2020 in Tokio stattfindenden Olympischen Sommerspiele. Die Fahne gilt vielen Koreanerinnen und Koreanern als Symbol des japanischen Tenno-Faschismus, dessen Kolonie Korea jahrzehntelang war. Die koreanische Sprache wurde verboten, Tausende Koreanerinnen wurden als »Trostfrauen« - wie sie in Japan euphemistisch genannt wurden - während des Zweiten Weltkriegs in japanischen Kriegsbordellen vergewaltigt und zwangsprostituiert.

Die Antwort der japanischen Regierung auf die Forderung Koreas fiel mehr als nur patzig aus. Die Vorwürfe, die Fahne sei ein Symbol des Militarismus oder habe gar eine politische Bedeutung, seien »absolut falsch«, sagte der Leiter des Kabinettssekretariats, Yoshihide Suga (LDP). Um die Behauptung zu untermauern, veröffentlichte die Regierung noch ein eilig zusammengestelltes Dokument, demzufolge die Fahne auch von Fischern als Glücksbringer für einen guten Fang benutzt werde. Auch dass das Design der Fahne jenem der mazedonischen Flagge ähnele, sei ein Argument für ihre historische Unverfänglichkeit, so die Verteidiger der Kyokujitsu-ki. Als Kritiker anmerkten, diese Aussagen klängen stark nach Ausrede, reichte die Regierung noch eine Version des Dokuments in Spanisch, Französisch und Koreanisch nach. Damit es auch ja alle verstehen.

**Name von der Redaktion geändert*